

**Niederschrift über die 19. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am**  
**12.05.2011**

---

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",  
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Berenbrinker Bezirksbürgermeister

CDU

Frau Brinkmann Fraktionsvorsitzende

Herr Graeser

Herr Heimen

Herr Kleinesdar

SPD

Frau Selle Fraktionsvorsitzende

Herr Sensenschmidt

Frau Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch

Herr John

Herr Steinkühler Fraktionsvorsitzender

BfB

Frau Hempelmann

Parteilose Mitglieder

Herr Fermann

Verwaltung

Frau Iserlohn-Grafen Umweltamt

Herr Moss Beigeordneter

Frau Mosig Bauamt

Herr Müller Amt für Schule

Herr Schmidt Umweltamt

Frau Stude Büro des Rates

Schriftführung

Frau Steinborn Büro des Rates

Nicht anwesend:

Herr Gieselmann

Frau Wilmsmeier

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung vom 03.05..2011 zur 19. Sitzung, sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Dornberg fest.

Herr Berenbrinker teilt mit, dass Frau Renate Krause im Alter von 61 Jahren verstorben sei. Frau Krause habe in der Zeit von 1994 bis 2009 sehr engagiert in der Bezirksvertretung mitgewirkt und sei für ihre Besonnenheit und Ruhe bekannt gewesen. Die Anwesenden legen eine Schweigeminute ein.

Anschließend gratuliert er Herrn Kleinesdar zu seinem Geburtstag am 04.04.2011, sowie Herrn Heimen zu seinem Geburtstag am 09.04.2011.

Weiterhin teilt Herr Berenbrinker mit, dass aufgrund von weiteren Terminen der TOP 16, Verkehrliche Erschließung des Hochschul-Campus Bielefeld, Berichterstattung Beigeordneter Herr Moss, vorzuziehen sei. Sofern Fragen von Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema bestünden seien diese vorab zu stellen. Die Einwohnerfragestunde würde dann in zwei Teilen beraten.

Ebenso sei TOP 14 aufgrund weiterer Termine des Berichterstatters Herr Schmidt vom Umweltamt vorzuziehen und nach TOP 1 und 16 zu beraten.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung fassen darauf hin folgenden

### Beschluss:

**TOP 1 Einwohnerfragestunde wird geteilt. Die Fragen zum Thema „Verkehrliche Erschließung Hochschul-Campus Bielefeld“ sind in Teil 1 zu stellen und weitere Fragen der Einwohnerfragestunde in Teil 2. TOP 16 wird vorgezogen und nach Teil 1 zu TOP 1 beraten. TOP 14 wird ebenfalls vorgezogen und nach Teil 2 zu TOP 1 beraten.**

- einstimmig beschlossen -

.-.-.-

## **Zu Punkt 1**

### **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg**

#### **Teil 1 – Einwohnerfragestunde zur verkehrlichen Erschließung Hochschul-Campus Nord**

Herr Dr. Dieter Borsutzky, Fronauer Straße 11, 33619 Bielefeld stellt folgende Fragen:

- 1. Wie viele Gehminuten und Wegmeter ist die neu zu errichtende Haltestelle „Campus Nord“ von der neu geplanten Fachhochschulansiedlung entfernt?**

2. **Wie viele Gehminuten und Wegmeter ist die neue Fachhochschule von der neu einzurichtenden Mensa entfernt?**
3. **Welche aktiven und passiven Lärmschutzmaßnahmen sind wegen der optischen – und akustischen Käfighaltung im Bereich der Wohnsiedlung Hof Hallau, der Wendeschleife und dem Zehlendorfer Damm geplant?**

Herr Berenbrinker sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

.-.-.

*Die Beratung zu TOP 1 werden unterbrochen und TOP 16 – verkehrliche Erschließung des Hochschul-Campus Bielefeld – wird vorgezogen. Die Protokollierung erfolgt auf Seite 17 ff.*

*Im Anschluss an die Beratung zu TOP 16 wird TOP 14 - Spielplatzsituation „Auf der Egge“ vorgezogen beraten. Die Protokollierung erfolgt auf Seite 15 ff.*

.-.-.

## **Teil 2 – Einwohnerfragestunde**

Herr Berenbrinker gibt nach der Beratung zu TOP 16 erneut Gelegenheit für weitere Fragen.

Herr Dr. Dieter Borsutzky, Fronauer Straße 11, 33619 Bielefeld stellt folgende Fragen:

4. **Wo sind im Falle einer nuklearen Katastrophe im Atomkraftwerk Grohnde die Notfallanlaufstellen im Stadtbezirk, die Ausgabestellen für Jodtabletten und welche Notfallpläne gibt es?**
5. **Wie ist zukünftig zu verhindern und gegen zu steuern, dass durch die mittlerweile ausufernden „auf-Stock-Setzung“ immer mehr Bäume und Sträucher und Solitärgehölze entfernt und durch Raseneinsaat ersetzt werden?**
6. **Warum musste die Kleingartenanlage auf der Lange Lage weichen und wurde durch eine Rasenfläche ersetzt?**
7. **Wie kann durch Anlage von Blühstreifen, Insekten- und Vögelanziehenden Sträuchern eine Aufwertung im Sinne des Artenschutzgesetzes vorgenommen werden?**

Herr Berenbrinker sagt die Zusendung einer schriftlichen Antwort zu.

.-.-.

## Zu Punkt 2

### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18.Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 10.03.2011

#### Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 10.03.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

...

## Zu Punkt 3

### Mitteilungen

#### Stadtteilbibliothek Dornberg

Herr Berenbrinker teilt mit, dass in diesem Jahr die Stadtteilbibliothek 20-jähriges Bestehen feiere und aus diesem Anlass am 13.09.2011 ein Empfang in der Stadtteilbibliothek stattfinden. Einladungen hierzu würden noch versandt werden.

Weiterhin prognostiziert Herr Berenbrinker den Aufstieg des TuS Dornberg und teilt mit, dass nach dem letzten Spiel am 29.05.2011 eine Meisterfeier vor dem Bürgerzentrum Amt Dornberg geplant würde. Er sei angesprochen worden und habe die Nutzung und die Teilnahme an der Feierlichkeit zugesagt. Für den Fall der Durchführung würden noch Einladungen per Email versandt.

Frau Steinborn macht folgende Mitteilungen:

#### Spiegel am Höfeweg / Ecke Babenhauser Straße

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass der Verkehrsspiegel 2004 an der Einmündung Babenhauser Straße/Höfeweg aufgestellt worden sei, nachdem die Unfallkommission diese Einmündung als Unfallschwerpunkt beurteilt habe. Mit dem Spiegel sollten die Sichtverhältnisse bei der Ausfahrt aus dem Höfeweg verbessert werden. Zwischenzeitlich sei die Einmündung im letzten Jahr umgebaut und der die Sicht behindernde Grünwuchs auf dem Eckgrundstück beseitigt worden. Durch diese Maßnahmen seien die Sichtprobleme behoben und der Verkehrsspiegel sei entfernt worden.

#### Amphibienschutzmaßnahmen 2011 im Stadtbezirk Dornberg

Das Umweltamt teilt mit, dass im Frühjahr 2011 im Stadtbezirk Dornberg insgesamt an 9 Straßenbereichen Maßnahmen zum Schutz von Amphibien auf ihrem Weg zu den Laichgewässern durchgeführt würden. Im Einzelnen handele es sich um folgende Maßnahmen:

#### Ganztägige Vollsperrung:

Poetenweg

Beschilderung, Schutzzäune, Betreuung durch ehrenamtlich Tätige:

Dornberger Straße  
Arroder Weg  
Am Linkberg

Beschilderung mit Beleuchtung:

Am Krebsbach  
Golfplatz Hoberge  
Untere Wende  
Zum Bußberg  
Kampheide

Das Umweltamt übernehme die Koordination der Maßnahmen. Die saisonalen Schutzmaßnahmen könnten aufgrund des hohen Betreuungsaufwandes immer nur während der Hauptwanderzeit durchgeführt werden. Schwerpunkte des Schutzes seien die Sicherung der Hinwanderung der Kröten, Frösche und Molche in ihre Gewässer zum Ablaichen und die sich anschließende Rückwanderung in ihre Sommerlebensräume.

Die Vollsperrung am Poetenweg sei auf die Dauer von ca. 5 Wochen begrenzt und sei von den Mitarbeitern des Umweltbetriebes Mitte März eingerichtet worden. Alle Grundstücke seien ohne ein Öffnen der Sperren zu erreichen. Die Rettungsdienste hätten die geeigneten Schlüssel, um die Absperrung im Notfall zu öffnen.

Die Bürger und Bürgerinnen würden um Verständnis für die Artenschutzmaßnahmen und Rücksichtnahme gegenüber den ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern der Schutzzäune gebeten. Diese kontrollierten die Eimer und trügen die Tiere frühmorgens und spätabends über die z. T. sehr stark befahrenen Straßen.

**Ausstellung „DU gehst MICH an“ Ausstellung über Juden und Christen in Westfalen**

Frau Steinborn teilt mit, dass die Ausstellung „DU gehst MICH an“ Juden und Christen in Westfalen auf dem Weg zu einem neuen Verhältnis“ in der Zeit vom 14.10. bis 12.11.2011 stattfindet.

**Information zur aktuellen Verkehrssituation in Bielefeld**

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass es aufgrund von Kanalbauarbeiten es auf der Dornberger Straße in Höhe der Haus Nr. 511 (zwischen Hobusch und Auf dem Kley) vom 02.05. bis voraussichtlich zum 14.06.11 zu Verkehrsbehinderungen kommen könne. Der Verkehr werde in diesem Bereich einspurig an der Baumaßnahme vorbei geleitet und mit Hilfe einer Baustellenampel geregelt. In diesem Zusammenhang werde der Verbindungsweg zur Katzenstraße im Einmündungsbereich der Dornberger Straße voll gesperrt. Der Baustellenbereich würde für Fußgänger gesperrt und eine Umleitung über die Katzenstraße sei ausgeschildert.

**Schwimmfest der Grundschulen Dornberg**

Das Schwimmfest der Grundschulen Dornberg werde am 18.07.2011 ab 10.00 Uhr stattfinden.

### **Ferienspiele des Sportamtes Bielefeld**

Frau Steinborn teilt mit, dass die Volksbank die Ferienspiele im Stadtbezirk Dornberg in diesem Jahr erneut mit 1.000 € fördere. Die Ferienspiele würden in der Zeit vom 25.07. – 05.08.2011 stattfinden und am 05.08.2011, ab 10.30 Uhr, mit einem Grillen abschließen.

Weiterhin teilt Frau Steinborn mit, dass zur Bewerbung der Ferienspiele durch die Quartiershelfer in den nächsten Tagen Flyer verteilt würden. Neuer Gruppenleiter für Dornberg sei Herr Christoph Konopka aus Bielefeld, welcher unter anderem Trainer beim SV Brackwede für Basketballmannschaften sei.

-.-.-

#### **Zu Punkt 4**

#### **Anfragen**

#### **Zu Punkt 4.1**

#### **Überwachung des ruhenden Verkehrs in Kirchdornberg**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2457/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

*Warum wird der ruhende Verkehr in Kirchdornberg zur Zeit besonders überwacht?*

*Zusatzfrage:*

*Wie viele „Knöllchen“ sind seit Jahresbeginn auf welcher rechtlichen Grundlage ausgestellt worden?*

Frau Steinborn führt aus, das Ordnungsamt teile mit, dass Kirchdornberg als Wohnbereich ohne Parkraumbewirtschaftung zu den Bezirken gehöre, welche selten überwacht würden. Auf Grund besonderer Vorkommnisse oder Beschwerden könne die Überwachungssequenz erhöht werden.

Es hätten Beschwerden über behinderndes Parken auf dem Gehweg vorgelegen, daher sei hier an mehreren Tagen kontrolliert worden.

Bisher seien in diesem Jahr am

13.03	1 Verwarnung
15.03	4 Verwarnungen
16.03	4 Verwarnungen
07.04	3 Verwarnungen
20.04	1 Verwarnung

in Kirchdornberg ausgestellt worden. Alle Verwarnungen seien aufgrund der Rechtsgrundlagen des ruhenden Verkehrs nach der Straßenverkehrsordnung und dem Straßenverkehrsgesetz wegen „Parken auf dem Gehweg“ ausgestellt worden.

-.-.-

#### Zu Punkt 4.2

#### **Hochwasserrückhaltung oberhalb der Wassermühle**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2484/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Wie ist das Ergebnis der Hydrologie und Hydraulik des Schwarzbaches, die auf Grundlage aktueller statistischer Daten und messwerte vorgenommen wurde, um den Umfang einer Hochwasserrückhaltung oberhalb der Wassermühle in Deppendorf zu bewerten.*

Frau Steinborn teilt mit, dass lt. Umweltamt der Auftrag zur hydrologischen und hydraulischen Grundlagenermittlung der Abflusssituationen des Schwarzbachs in Deppendorf im März 2010 an das Ing.-Büro Technaqua GmbH vergeben worden sei. Bedingt durch erhebliche Krankheitsausfälle bei dem Fachbüro und Komplikationen bei der Übertragung der notwendigen Daten der Stadt Werther sei es zu einer nicht vorauszu sehenden Verzögerung bei der Erarbeitung der komplexen Berechnungen gekommen, so dass die Daten derzeit noch nicht vorliegen würden. Nach Aussage des beauftragten Ingenieurbüros werde nunmehr das Gutachten spätestens zum 01. Juni 2011 erwartet. Nach dem Eingang der Unterlagen erfolge die Prüfung und Auswertung durch das Umweltamt und anschließend würde die Bezirksvertretung über das Ergebnis unterrichtet.

---

#### Zu Punkt 5

#### **Anträge**

#### Zu Punkt 5.1

#### **Kleinwasserkraftwerke in Dornberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2486/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der SPD-Fraktion:

*Beschlussvorschlag:*

*Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Stadtwerke und der Fachhochschule, zu prüfen, ob es an Dornberger Bächen geeignete Standorte für Kleinwasserkraftwerke gibt.*

*Begründung:*

*Wir haben in Dornberg zahlreiche Bäche (Hasbach, Schwarzbach, Beckendorfer Mühlenbach, Babenhauserbach und Johannisbach), an denen alte Wassermühlen stehen oder standen. Diese Orte und auch weitere könnten zukünftige Standorte von Kleinwasserkraftwerken zur regenerativen Energiegewinnung sein.*

Die Mitglieder der Bezirksvertretung sprechen sich für einen Prüfauftrag aus, stellen jedoch auch fest, dass hinsichtlich der Mühlen die Staurechte für die Teiche in der Vergangenheit aufgehoben und mit viel Aufwand die Bäche um diese Teiche herumgelegt worden seien. Zum Erhalt der Teiche sei damals mittels Kunststoffrohren ein Zufluss aus den Bächen ge-

legt worden. All diese kostenintensiven Maßnahmen seien zur Renaturierung der Mühlenbereiche durchgeführt worden und im Fall der Anlage von Kleinwasserkraftwerken müsste dies zurückgebaut werden.

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Stadtwerke und der Fachhochschule, zu prüfen, ob es an Dornberger Bächen geeignete Standorte für Kleinwasserkraftwerke gibt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Bestimmung der Schulart der städt. Gemeinschaftsgrundschule Hoberge-Uerentrup**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 2379/2009-2014

Herr Müller vom Amt für Schule führt aus, dass die Umwandlung einer Gemeinschaftsschule in eine Bekenntnisschule in Bielefeld kein Tagesgeschäft der Verwaltung sei, entsprechende Verwaltungserfahrung deshalb fehle und daher in dem Prozess besonders Wert auf die strikte Einhaltung der rechtlichen Vorgaben gelegt werde, um Formfehler zu vermeiden. Der Elternwille zur Umwandlung der Schule werde in mehreren Schritten abgearbeitet. Im ersten Schritt hätten 1/5 der Elternschaft entsprechende Anträge gestellt, diese Schule in eine ev. Bekenntnisschule umzuwandeln. Der zweite Schritt sei gewesen, diese Anträge auf ausreichende Anzahl und rechtlich auf evtl. Hinweise auf eine Rechtsmissbräuchlichkeit zu prüfen und eine Abstimmung mit der Schulaufsicht herbeizuführen. Die rechtliche Prüfung habe keine negativen Erkenntnisse ergeben und die Schulaufsicht habe ihre Zustimmung in Aussicht gestellt. Dritter Schritt sei jetzt die förmliche Feststellung durch den Rat mit vorheriger Anhörung der Bezirksvertretung und des Fachausschusses, dass eine genügend große Anzahl von Eltern die Umwandlung der Schule beantragt habe, sowie die Auftragserteilung an die Verwaltung, ein Abstimmungsverfahren durchzuführen. Letzter Schritt sei dann die Durchführung des Abstimmungsverfahrens selbst, das möglichst in der 27. oder 28. Kalenderwoche stattfinden solle. Für ein im Sinne einer Bekenntnisschule positives Ergebnis müsse eine 2/3 Mehrheit aus der Elternschaft vorliegen. Vor der Abstimmung werde die Verwaltung eine Informationsveranstaltung in der Schule anbieten.

Die Umwandlung der Grundschule Hoberge-Uerentrup in eine Bekenntnisschule habe nicht automatisch Auswirkungen auf die derzeitige Schulentwicklungsplanung der Grundschulen zur Folge. Auch eine Bekenntnisschule könne z.B. Teil eines Schulverbunds sein. Die Auflösung einer Bekenntnisschule sei jedoch ein wenig schwieriger als die Auflösung einer Gemeinschaftsschule, weil zusätzlich geprüft werden müsse, ob dann noch - dem Elternwillen entsprechend - eine andere Bekenntnisschule des gleichen Bekenntnisses in zumutbarer Entfernung erreichbar sei.

Die Grundschule Hoberge wäre nach der Umwandlung, neben der kath. Bekenntnisschule Klosterschule, die zweite Bekenntnisschule in städt.

Trägerschaft in Bielefeld. Vor Jahrzehnten habe es in Bielefeld zahlreiche Bekenntnisschulen gegeben.

Herr Müller zeigt einige Unterschiede zwischen den Schulformen Gemeinschaftsschule und einer evangelischen Bekenntnisschule auf:

- Das Schulprogramm müsse deutlich erkennbare Bezüge zu den Grundsätzen des evangelischen Bekenntnisses haben.
- Im Allgemeinen sei eine Bekenntnisschule durch eine intensive Zusammenarbeit mit der jeweiligen Kirchengemeinde geprägt.
- Kirchliche Feste und Feiertage des ev. Bekenntnisses würden in besonderer Weise vorbereitet und in der Schulgemeinschaft gefeiert.
- Kinder anderen Bekenntnisses könnten aufgenommen werden, wenn die Eltern schriftlich erklären würden, dass sie eine Erziehung und Unterrichtung ihres Kindes nach den Grundsätzen des ev. Bekenntnisses wünschen.
- Religionsunterricht könne grundsätzlich nur für das ev. Bekenntnis angeboten werden.
- Die Bekenntnisschule könne festlegen, dass alle Kinder am ev. Religionsunterricht teilnehmen müssten, hierbei sei unerheblich, ob alle Kinder dem ev. Bekenntnis angehören würden.
- Die Schulleiterin/ der Schulleiter müssten dem ev. Bekenntnis angehören, ebenso auch die Lehrerschaft müsse, es sei denn, dass mind. 12 Kinder eines anderen Bekenntnisses die Schule besuchten (was nach Einschätzung von Herrn Müller in Hoberge auch künftig der Fall sein dürfte).
- Das Angebot des Religionsunterrichts für andere Konfessionen müsse im Einzelfall entschieden werden. Die Möglichkeit sei gegeben, sofern mindestens 12 Kinder einer anderen Konfession die Schule besuchten und keine andere Schule mit Religionsunterricht dieses Bekenntnisses in erreichbarer Nähe läge. Hier würde eine Prüfung der Schulaufsicht erfolgen, bevor Religionslehrkräfte des anderen Bekenntnisses der Schule zugewiesen würden.
- Der Einzugsbereich der Bekenntnisschule werde das gesamte Stadtgebiet umfassen und damit erheblich größer sein als in der jetzigen Form der Gemeinschaftsschule. Das könne für die Stadt als Schulträger zu Mehraufwand bei der Schülerbeförderung führen.

Herr Steinkühler macht darauf aufmerksam, dass aus Sicht der Eltern der Kinder der Grundschule Hoberge-Uerentrup die Umwandlung in eine Bekenntnisschule sicherlich eine gute Idee sei, jedoch müsse auch die andere Seite, nämlich die Folgen für die gesamtstädtische Schulentwicklungsplanung, betrachtet werden. Hier würde es nach seiner Befürchtung für den Stadtbezirk Dornberg mit ziemlicher Sicherheit das Aus für eine andere Dornberger Grundschule bedeuten. Die Bezirksvertretung Dornberg müsse jedoch den gesamten Stadtbezirk vertreten und somit die Umwandlung der Grundschule Hoberge-Uerentrup sehr differenziert betrachten. Grundsätzlich sei zu bemerken, dass eine Bekenntnisschule ein eher historisches Schulmodell darstelle und die Gemeinschaftsschule grundsätzlich den Vorrang haben müsse. Man wolle der Grundschule Hoberge-Uerentrup jedoch auch nicht in den Rücken fallen, daher würde sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bei der Abstimmung enthalten.

Frau Brinkmann begrüßt, dass von der Verwaltung geprüft und ausgeschlossen worden sei, dass der Umwandlungsantrag missbräuchlich sein könnte und macht deutlich, dass die Umwandlungsthematik nach ihrer persönlichen Kenntnis bereits seit 3 Jahren innerhalb der Elternschaft diskutiert worden sei. Sie könne das Argument, dass die Umwandlung einer Schule in eine Bekenntnisschule für die anderen Schulen automatisch die Schließung bedeuten würde, nicht nachvollziehen. Die CDU-Fraktion spreche sich für den Antrag aus und unterstütze diesen.

Frau Viehmeister unterstützt die Argumentation von Herrn Steinkühler und spricht sich ebenfalls für den Vorrang von Gemeinschaftsschulen aus. Daher würde sich die SPD-Fraktion ebenfalls bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Herr Fermann spricht sich für die Durchführung des Abstimmungsverfahrens zur Bestimmung der Schulart aus.

Frau Hempelman plädiert dafür, dass die Eltern selbst in der Angelegenheit abstimmen und entscheiden sollten, ob eine Umwandlung erfolge oder nicht und spricht sich ebenfalls für die Durchführung des Abstimmungsverfahrens aus. Generell müsse für den Erhalt jeder Schule gekämpft werden und sie sähe auch keinen Zusammenhang zwischen der Umwandlung und der Schließung anderer Dornberger Grundschulen.

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss und dem Rat der Stadt Bielefeld das Verfahren gem. § 27 Schulgesetz NRW i.V.m. § 7 Abs. 4 der Verordnung zur Bestimmung der Schulart von Grundschulen und Hauptschulen (BestVerfVO) vom 08.03.1968, SGV NRW 223 festzustellen:**

**Für die Grundschule Hoberge-Uerentrup, Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Bielefeld, sind beim Schulträger Anträge auf Umwandlung der Schule in eine Bekenntnisschule gestellt worden.**

**Zahl der Kinder, für die ordnungsgemäße Anträge gestellt wurden:**  
**27;**

**beantragte Schulart:**  
**evangelische Bekenntnisschule.**

**Das Abstimmungsverfahren ist durchzuführen.**

- einstimmig beschlossen -

7 Ja-Stimmen  
6 Enthaltungen

---

**Zu Punkt 7**

**Vergabe von Sondermitteln 2011 - Mobile Toilette Grillplatz Hasbachtal**

Herr Berenbrinker führt aus, dass erneut die Sondermittel der Bezirksvertretung zu vergeben seien. In den letzten Jahren hätten sich bereits einige feste Förderungen etabliert und hierüber könne bereits beschlossen werden. Im Einzelnen wäre dies

Mobile Toilette Hasbachtal

Aufstellen der Toilette von Mai bis September 2011. Hierfür würden Kosten in Höhe von ca. 400,00 € anfallen.

Ferienspiele

Unterstützung der Ferienspiele für den Stadtbezirk Dornberg wie in den vergangenen Jahren in Höhe von 500,00 €

20.-jähriges Jubiläum der Stadtteilbibliothek

Die Stadtteilbibliothek feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum. Zu diesem besonderen Anlass solle aus Mitteln der Bezirksvertretung ein Betrag von 700,00 € für Medienbeschaffung gezahlt werden.

Veranstaltungskalender

Für den Veranstaltungskalender 2012 sollen, wie in den vergangenen Jahren 600,00 € zur Verfügung gestellt werden.

Herr Berenbrinker fordert die Mitglieder der Bezirksvertretung auf, Vorschläge für die weitere Verwendung der Sondermittel bis zur nächsten Sitzung einzureichen.

**Beschluss:**

**Aus Sondermitteln der Bezirksvertretung sind folgende Zahlungen zu leisten:**

<b>Toilette Grillplatz Hasbachtal</b>	<b>400,00 €</b>
<b>Ferienspiele</b>	<b>500,00 €</b>
<b>Stadtteilbibliothek</b>	<b>700,00 €</b>
<b>Veranstaltungskalender</b>	<b>600,00 €</b>

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Sachstandsbericht über die Sanierung von Schulaußenanlagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2168/2009-2014

**Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen die Informationsvorlage der Verwaltung über die Sanierung von Schulaußenanlagen zur Kenntnis.**

-.-.-

## Zu Punkt 9

### Geschwindigkeitsbegrenzungen Hoberger Feld

Herr Berenbrinker führt aus, dass Anwohnerinnen und Anwohnern ange-regt hätten, im Bereich des Hoberger Feldes eine Geschwindigkeitsbe-grenzung einzurichten, da hier mit teils hohen Geschwindigkeiten gefah-ren würde. Das Amt für Verkehr teilte auf Nachfrage mit, dass für diesen Bereich die Geschwindigkeit aufgrund eines fehlenden Ortsschildes nicht begrenzt sei und die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf-grund eines politischen Beschlusses möglich sei.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen eine Geschwindigkeitsbe-grenzung im Bereich des Hoberger Feldes und fassen folgenden

#### Beschluss:

**Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Amt für Verkehr im Bereich der Straße Hoberger Feld eine Reduzierung der Geschwin-digkeit auf 30 km/h vorzunehmen, idealer Weise durch die Einrich-tung einer Tempo-30-Zone.**

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

## Zu Punkt 10

### Reit- und Wanderwege in Dornberg

Herr Berenbrinker führt aus, dass es immer wieder Beschwerden gebe, da Reiterinnen und Reiter Wander-, Geh- und Radwege benutzen wür-den und hier aufgrund fehlender gegenseitiger Rücksichtnahme Proble-me und zum Teil auch Schäden entstünden. Er habe die Verwaltung um einen Bericht zu den rechtlichen Grundlagen und dem aktuellen Sachstand gebeten und begrüßt Frau Iserlohn-Grafen vom Umweltamt.

Frau Iserlohn-Grafen führt aus, dass sich die gesetzlichen Grundlagen für die Erholung in der freien Landschaft in den §§ 49 – 59 Landschaftsge-setz NRW sowie im Landesforstgesetz NRW fänden. Im Stadtbezirk Dornberg seien insgesamt 7 Rundwanderwege, 5 Bezirkswanderwege sowie 2 Hauptwanderwege gekennzeichnet. Diese Wege würden vom Teutoburger Wald Verein sowie ein Rundwanderweg vom Heimatverein Dornberg betreut. Die Kennzeichnung der Wanderwege erfolge durch die Wandervereine, in Bielefeld durch den Teutoburger Wald Verein, sowie die Heimatvereine. Eigentümer hätten die Kennzeichnung von Wander-wegen zu dulden, dies hätte jedoch keine Auswirkung auf die Verkehrssi-cherungspflicht der Eigentümer und es entstünde keine öffentliche Wid-mung der Wegefläche. Andererseits bestünde jedoch auch kein Anspruch der Erholungssuchenden auf einen gewissen Ausbaustandart der Wege.

Das Reiten in der freien Landschaft sei auf allen öffentlichen und privaten Straßen und Wegen erlaubt. Für das Reiten im Wald gäbe es in Bielefeld jedoch eine Sonderregelung. Die Stadt habe Waldgebiete ausgewiesen, in denen das Reiten nur auf ausgewiesenen Reitwegen zulässig sei. In Dornberg gelte dies für die Waldbereiche südlich der Werther Straße. Da dort keine Reitwege ausgewiesen seien, dürfe dort im Wald auch nicht geritten werden. In allen anderen Waldgebieten dürfe jedoch, wie in der freien Landschaft, auf allen öffentlichen und privaten Wegen mit Aus-

nahme der gekennzeichneten Wanderwege geritten werden.  
Die Pferde müssten ein Kennzeichen zu führen. Dies würde mit der Ent-  
richtung der Reitabgabe ausgegeben, welche für die Anlage, Unterhal-  
tung sowie Schadensregulierung zweckgebunden sei.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg sind sich einig, dass Dorn-  
berg als „grüner Stadtbezirk“ auch eine Vielfalt an Freizeit- und Erho-  
lungsmöglichkeiten biete und appellieren an die Bürgerinnen und Bürger  
sowie die Pferdebesitzerinnen und –besitzer auf gegenseitige Rücksicht-  
nahme. Möglicherweise sei auch die fehlende Information Grund für ein  
Fehlverhalten und daher werde die Presse gebeten, dies aufzugreifen  
und die Öffentlichkeit zu informieren.

-.-.-

#### Zu Punkt 11

#### **Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2011- 2012**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 2242/2009-2014

**Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg nehmen die Informa-  
tionsvorlage der Verwaltung zu den Baumaßnahmen im öffentlichen  
Verkehrsraum zur Kenntnis und bitten um Beantwortung der Frage  
warum die Baumaßnahme Deppendorfer Straße in der Informations-  
vorlage nicht enthalten ist.**

-.-.-

#### Zu Punkt 12

#### **Werbekonzept der Firma DSM Ströer GmbH für öffentliche und im Eigentum der Stadt Bielefeld stehende Flächen;**

**Änderung von Werbeträgern und neue Werbestandorte**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 2314/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung diskutieren über die geplante Auf-  
stellung einer neuen Werbeanlage in Dornberg. Demnach solle die bishe-  
rige Litfaßsäule entfernt und gegen einen neuen Werbeträger mit einem  
Maß von 3,75 m x 2,65 m auf einem Fuß von 2,50 m ersetzt werden.

Die Mitglieder sind sich einig, dass es sich hierbei um eine sehr große  
Fläche handle, auf der zudem noch abwechselnde, laufende Werbung  
erscheine. Durch den Umbau der Wertherstraße solle dieser Bereich  
durch Begrünung und Mittelninseln attraktiver gestaltet werden. Eine Wer-  
beanlage in den geplanten Ausmaßen sei daher dort nicht gewünscht.  
Gegen die Aufstellung einer neuen Litfaßsäule wurden keine Bedenken  
vorgebracht und die Mitglieder der Bezirksvertretung fassen abweichend  
vom Beschlussvorschlag, folgenden

#### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt die vorgeschlagenen  
Änderungen der Werbeanlagen und die neuen Standorte für Werbe-  
anlagen im Stadtbezirk entsprechend der als Anlage beigefügten**

**Aufstellung mit der Einschränkung, dass für Dornberg an der Werther Straße, gegenüber Wellensiek (Örtlichkeitsnummer 032 060313) eine Litfaßsäule als Werbeträger einzusetzen ist.**

- einstimmig beschlossen -

---

### **Zu Punkt 13**

#### **Buserschließung in Dornberg**

Herr Haemisch berichtet über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, bestehend aus Frau Hempelmann, Frau Selle, Frau Wilmsmeier, ihm selbst, sowie Herrn Meier und Herrn Wöpfer von moBiel. MoBiel betrachte das Twellbachtal als ausreichend erschlossen und daher würde keine Grundlage für eine Veränderung vorliegen. Wichtige Schwierigkeiten würden in den fehlenden „Minuten“ bei den Buslinien 57 und 24 gesehen, da diese an anderer Stelle als Ruhepause genutzt würden. Weiterhin würde ein weiteres Toilettenhaus an der Endhaltestelle in Kirchdornberg benötigt, was aus finanziellen Gründen nicht umsetzbar sei. Gleichwohl habe moBiel die 3. Änderung des Nahverkehrsplanes in ca. zwei Jahren in Aussicht gestellt, in deren Planung die vorgebrachten Vorschläge und Änderungswünsche unter Umständen mit einfließen könnten. Herr Haemisch teilt mit, dass er gebeten worden sei im Rahmen einer Arbeitsgruppe an den 3. Änderungen des Nahverkehrsplanes mitzuwirken.

Sofern Änderungen im Nahverkehrsplan zu Gunsten der Erschließung des Twellbachtals und Kirchdornberg gewünscht würden, spräche dies allerdings gegen den Bau der Buswendeanlage am Vulsiekshof, da sich diese dann erübrigen würde.

Frau Selle ergänzt, dass Herr Meier zur nächsten Fahrplanänderung in Aussicht gestellt habe, dass durch Überarbeitung der ALF-Linie (Anruf-Linien-Fahrten) Verbesserungen vorgenommen werden könnten. Voraussetzung hierfür wäre jedoch die Bereitstellung der benötigten finanziellen Mittel.

Frau Hempelmann bestätigt, dass die Linienführung der Linie 24 in der derzeitigen Form bestehen bleiben solle und das Twellbachtal und Kirchdornberg sowie Am Gottesberg durch die ALF Linie zu erschließen sei.

Herr Haemisch führt aus, dass die ALF-Linie als zusätzliche Erschließung gedacht sei und eine Erweiterung der Fahrten von den finanziellen Mitteln abhänge.

Frau Brinkmann erklärt, dass die Thematik des Baues einer Buswendeanlage und die daraus resultierende Entspannung des Verkehrs am Bürgerzentrum Amt Dornberg, seit Jahren ein Thema in der Bezirksvertretung sei.

Vor dem Hintergrund der verkehrlichen Situation in Dornberg stelle sie daher für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

*Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, die mit Änderung des Bebauungsplanes Nr. II/G3 „Kreuzkrug“ für Grundstücksflächen nörd-*

*lich der Babenhauser Straße, westlich des Einmündungsbereiches zur Straße Vulsiekshof angedachte Buswendeanlage am Vulsiekshof schnellst möglich zu bauen.*

Frau Brinkmann führt aus, dass durch die Änderung des Nahverkehrsplanes nicht gesichert sei, dass die für Dornberg gewünschten Änderungen auch Berücksichtigung fänden.

Frau Selle stellt für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

*Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, die Kosten für den Ausbau der geplanten Buswendeanlage für die Linie 24 am Vulsiekshof in die Investitions- und Finanzplanung für 2012 aufzunehmen.*

Frau Steinborn führt aus, dass nach Aussage des Amtes für Verkehr die finanziellen Mittel für den Bau der Buswendeanlage in die Finanzplanung aufgenommen seien und nach Vorliegen eines politischen Beschlusses die Umsetzung erfolgen könne. Vom Zeitrahmen gestalte es sich derart, dass der Bezirksvertretung Dornberg noch in diesem Jahr eine entsprechende Beschlussvorlage mit genauen Plänen und Daten vorgelegt würde und die Umsetzung dann in 2012 erfolgen könne.

Herr Berenbrinker dankt Herrn Haemisch für die geleistete Arbeit und den Einsatz und begrüßt ausdrücklich die Teilnahme bei der Erstellung der 3. Änderung des Nahverkehrsplanes.

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung die mit Änderung des Bebauungsplanes Nr. II/G3 „Kreuzkrug“ für Grundstücksflächennördlich der Babenhauser Straße, westlich des Einmündungsbereiches zur Straße Vulsiekshof angedachte Buswendeanlage Vulsiekshof in die Investitions- und Finanzplanungen 2012 aufzunehmen und schnellst möglichst umzusetzen.**

- einstimmig beschlossen -

---

*TOP 14 wurde vorgezogen und nach dem ebenfalls vorgezogenen TOP 16 zwischen Teil 1 und Teil 2 von TOP 1 – Einwohnerfragestunde behandelt.*

---

**Zu Punkt 14**

**Spielplatzsituation auf der Egge**

Herr Berenbrinker teilt mit, dass er hinsichtlich der Spielplatzsituation im Bereich „Auf der Egge“ von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden sei, da durch Verjüngung der Anwohnerstruktur der Bedarf an Spielplätzen erheblich gestiegen sei.

Herr Schmidt vom Umweltamt bestätigt, dass der Bereich „Auf der Egge“

hinsichtlich der Spielplätze stark unterversorgt sei und führt aus, dass hinsichtlich der Behebung dieser Unterversorgung folgende Punkte geprüft worden seien:

**1. Besteht ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan, welcher einen Spielplatz in dem Bereich planungsrechtlich festsetzt?**

Nach dem Bebauungsplan sei jedoch keine Spielfläche vorgesehen.

**2. Gibt es städtische Flächen, die als Spielplatz genutzt werden könnten?**

Hier gäbe es eine städtische Fläche südlich des Wiegandweges. Leider handele es sich hier um ein Grundstück, welches nur durch einen schmalen Korridor von einer Seite zu begehen sei. Dies wäre für einen Spielplatz, auch aus Sicherheitsaspekten, nicht vorteilhaft. Es seien sodann umliegende Flächen durch Kauf oder Pacht zu erwerben um einen besser geeigneten Zugang zu schaffen. Die Voraussetzungen seien hier jedoch grundsätzlich nicht optimal und eine Umsetzung auch aus haushaltstechnischen Gründen schwierig.

**3. Gibt es Flächen, welche erworben werden können?**

Hier gäbe es ein unbebautes Grundstück im Bereich „Am Mühlenberg“ in einem allgemeinen Wohngebiet. Lage und Zustand seien sehr günstig. Ein Erwerb oder eine Anpachtung von Grundstücken sei derzeit aus haushaltstechnischen Gründen jedoch nicht möglich.

Herr Kleinesdar verweist auf den Spielplatz am Grewenbrink, welcher vor einiger Zeit abgebaut worden sei und wirft die Frage nach einer Reaktivierung auf. Herr Schmidt erwidert darauf, dass dieser vom Wohngebiet „Auf der Egge“ sehr weit entfernt sei.

Herr John verweist darauf, dass es vom Wohngebiet „Auf der Egge“ keine direkte Wegeverbindung zu der Fläche am Grewenbrink gäbe und schlägt die Fläche im Bereich „Am Hang“ vor. Herr Schmidt erwidert hierauf, dass auch hier das Problem der Erreichbarkeit bestehe, da die Fläche sehr weit entfernt sei und die Anwohnerinnen und Anwohner lieber einen Spielplatz im Wohngebiet wünschten.

Auf Nachfrage von Frau Selle erläutert Herr Schmidt, dass planungsrechtlich für Spielplätze ein Radius von 300 – 400 m angesehen werde.

Herr Kleinesdar verweist auf die Flächen hinter der Bebauung des ehemaligen Gasthauses „Donnerburg“, hierbei handele es sich um ein städtisches Grundstück und die Nutzungsmöglichkeit solle geprüft werden.

Herr Berenbrinker fasst die gemachten Vorschläge zusammen und bittet die Verwaltung um Prüfung folgender Punkte:

1. Stehen die Flächen am Mühlenberg für die Nutzung eines Kinderspielplatzes zur Verfügung?
2. Kann die Fläche am Grewenbrink reaktiviert werden?
3. Kann die Erreichbarkeit der Fläche „Am Hang“ verbessert werden?

den?

4. Stehen die Flächen unterhalb der Bebauung des ehemaligen Gasthauses „Donnerburg“ zur Nutzung zur Verfügung?

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung folgende Möglichkeiten zur Einrichtung eines Spielplatzes für das Wohngebiet Auf der Egge zu prüfen:**

1. Stehen die Flächen am Mühlenberg für die Nutzung eines Kinderspielplatzes zur Verfügung?
2. Kann die Fläche am Grewenbrink reaktiviert werden?
3. Kann die Erreichbarkeit der Fläche „Am Hang“ verbessert werden?
4. Stehen die Flächen unterhalb der Bebauung des ehemaligen Gasthauses „Donnerburg“ zur Nutzung zur Verfügung?

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

*TOP 15 wurde nach TOP 13 behandelt.*

-.-.-

**Zu Punkt 15**

**Auswirkungen des Winters 2010/2011 auf das Bielefelder Straßennetz**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2477/2009-2014

**Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen die Informationsvorlage der Verwaltung zu den Auswirkungen des Winters 2010/2011 auf das Bielefelder Straßennetz zur Kenntnis.**

-.-.-

*TOP 16 wurde vorgezogen und nach Teil 1 zu TOP 1 - Einwohnerfragestunde behandelt.*

-.-.-

**Zu Punkt 16**

**Verkehrliche Erschließung des Hochschul-Campus Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2482/2009-2014

Herr Berenbrinker führt aus, dass in der vergangenen Woche eine Einwohnerversammlung zum Thema der verkehrlichen Erschließung des Hochschul-Campus Bielefeld stattgefunden habe und dort der derzeitige Stand der Planungen vorgestellt und erläutert worden sei. Heute solle den Mitgliedern der Bezirksvertretung Dornberg die Gelegenheit gegeben werden Fragen an den Beigeordneten Herrn Moss zu stellen.

Herr John wirft die Frage auf, in wie weit die Konkurrenz der vorhandenen Buslinien zur neuen Stadtbahn und die daraus resultierenden Konsequenzen bei den Planungen Berücksichtigung finden würden. Wenn die Stadtbahnendhaltestelle entstünde, wie sei die Linienführung der Linie 24 geplant?

Herr Moss macht noch mal deutlich, dass es sich bei den derzeitigen Planungen um einen Zwischenstand handle und zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Fragen abschließend beantwortet werden könnten, da hierfür die Erstellung von Gutachten erforderlich sei. Fest stünde jedoch, dass der Nahverkehrsplan unter Berücksichtigung der aktuellen Planungen erstellt worden sei und, sofern sich nutzungsbedingte Veränderungen ergäben, hier auch entsprechend reagiert würde. Aktuelle Zahlen zu den Veränderungen stünden derzeit nicht zur Verfügung, jedoch könnten die alten, prognostischen Zahlen geliefert werden.

Herr Moss führt zu der Einwohnerfrage von Herrn Dr. Borsutzki aus, dass es hinsichtlich der Gehminuten und Wegmeter keine elementaren Unterschiede gebe. Dies sei hier jedoch auch nicht erheblich, da nicht nur der Bereich der Fachhochschule, sondern zukünftig der gesamte Campusbereich und die Anwohner der Dürerstraße bedient werden sollen.

Herr John verweist noch mal darauf, dass es zwischen den Linien 4 und 31 Parallelverkehr geben werde und dass die 25 - Endstation – noch nicht gesichert sei.

Herr Fermann macht seine Haltung in diesem Thema deutlich und spricht sich gegen eine Stadtbahnverlängerung aus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger seien ernst zu nehmen und darüber hinaus spräche die Naturzerstörung gegen diese Maßnahme.

Frau Selle erklärt für die SPD-Fraktion, dass es sich hier um einen Prozess handle, der von der Bezirksvertretung mit gestaltet werden könne. Dies für Bielefeld zukunftsweisende Projekt würde von der SPD in Dornberg weitergehend beobachtet und begleitet.

Frau Brinkmann schließt sich für die CDU-Fraktion an und führt aus, dass sie ebenfalls die Entwicklung für den Standort Bielefeld positiv betrachte, aber auch die Vorteile für die dann verkehrlich neu erschlossenen Bereiche der Dürerstraße und Schloßhofstraße sähe.

Frau Hempelmann begrüßt ebenfalls die Chance und Entwicklung für Bielefeld und plädiert dafür, die Sorgen und Ängste der Anwohner ernst zu nehmen und alles daran zu setzen, die Beeinträchtigungen und Belästigungen so gering wie möglich zu halten. Die Lärmschutzmaßnahmen und auch die Betrachtung der Sichtachse am Hof Hallau seien unbedingt zu berücksichtigen.

Herr John spricht sich für die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen ausdrücklich gegen die Stadtbahnverlängerung aus. Durch die Verlegung der Fachhochschule und des ENUS-Gebäudes sei die Grundlage für die Verlängerung der Stadtbahn entzogen, da die verkehrliche Erschließung über den Wellensiek erfolge. Die aktuellen Fahrgastzahlen würden nicht mehr passen und die Stadtbahnverlängerung müsse nur aufgrund der Bindung an den Bebauungsplan vorgenommen werden.

Der angekündigte Antrag der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen würde heute nicht gestellt werden, da man hier mit der Ratsfraktion noch Gespräche führen wolle. In der nächsten Sitzung würde jedoch ein entsprechender Antrag eingebracht.

Beigeordneter Herr Moss führt aus, dass zur Verbesserung des Modal Splits auch die Verbesserung der verkehrlichen Erschließung vorgenommen werden müsse. Verkehrlich richte sich die Nachfrage auch immer nach dem Angebot. Durch die Erweiterung des Angebotes würde auch eine stärkere und neue Nachfrage in den Bereichen geschaffen.

Im weiteren Verfahren würde die vorliegende Planung durch die Verwaltung geprüft und dann erneut in der Bezirksvertretung vorgestellt.

Herr Berenbrinker bittet um fortlaufende Information durch die Verwaltung.

**Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.**

---

#### **Zu Punkt 17**

#### **Schulentwicklungsplanung**

Frau Viehmeister und Frau Brinkmann berichten aus dem Grundschulforum. Die Eltern hätten Positionspapiere erarbeitet, in denen sie in eindrucksvoller Weise ihre Positionen dargestellt hätten. Diese Stellungnahmen seien zur Information der Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg verteilt worden, stünden jedoch auch im Internet auf der Website der Stadt Bielefeld neben den Protokollen der Sitzungen zur Verfügung.

Weiterhin würden derzeit Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, in denen auch der Stadtbezirk Dornberg betrachtet würde. Die Ergebnisse blieben abzuwarten.

Man überlege derzeit wie Elternvertreter, Schulleitungen und Bezirksvertretungen weitergehend in die Arbeitsgruppe Schulentwicklung eingebunden werden könnten. Hier sei ein „offenes Forum“ innerhalb des Arbeitskreises einzurichten um diesen Beteiligten auch weiterhin die Möglichkeit zu geben an den Prozessen aktiv teilzuhaben.

---

#### **Zu Punkt 18**

#### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

#### **Informationsveranstaltung des Schulamtes zur Grundschulthematik**

Herr Müller vom Amt für Schule teilt mit, dass eine Informationsveranstaltung in Sinne des Beschlusses der Bezirksvertretung Dornberg nach Abschluss des Grundschulforums durchgeführt werden könne.

### **Straßenbaumaßnahme Am Pferdekamp**

Frau Steinborn teilt mit, dass aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Bielefeld das Budget für Baumaßnahmen drastisch reduziert worden sei, so dass Finanzmittel für die Maßnahme „Am Pferdekamp“ als Einzelmaßnahme vom Amt für Verkehr in der Finanzplanung nicht angemeldet werden konnten. Erst ab dem Jahre 2014 seien nach derzeitigem Stand wieder weitere Mittel für Straßen zur Wiederherstellung nach Kanalbaumaßnahmen eingestellt. Nach erfolgten Kanalbauarbeiten an der Straße Am Pferdekamp werde eine provisorische Befestigung in Form einer Asphalttragdeckschicht gefertigt. Nach Aussage des Amtes für Verkehr sei ein früherer Ausbau nach derzeitigem Stand nicht möglich.

### **Halteverbot am Wendehammer Schöneberger Straße**

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass nach der Straßenverkehrsordnung im Bereich von Wendeanlagen kein generelles Park- und Haltverbot bestünde, so dass das Parken im Wendehammer Schöneberger Straße bisher zulässig gewesen sei. Aufgrund der Anforderungen des vorbeugenden Brandschutzes habe im Februar ein Termin mit der Feuerwehr vor Ort stattgefunden, bei dem gemeinsam geklärt worden sei, welche Flächen für die Rangiervorgänge der Feuerwehr freizuhalten wären. Bei Großschadenslagen (z.B. Evakuierung Altenheim) sei es für die Feuerwehr erforderlich, mit Rettungsfahrzeugen im Wendehammer der Schöneberger Straße wenden zu können. Sofern Fahrzeuge am Fahrbahnrand im Bereich des Wendehammers parken würden, seien diese Wendevorgänge nicht möglich. Es seien deshalb an der westlichen und östlichen Seite der Wendeanlage Haltverbote mit Beschilderung angeordnet worden. Das senkrechte Parken an der Stirnseite des Wendehammers vor dem Kindergarten behindere den Feuerwehreinsatz nicht. Dort sei auch künftig das Parken weiter zulässig.

Aufgrund des Hinweises von Herrn Steinkühler, die Markierungen des Halteverbotes seien nicht ausreichend, habe Frau Steinborn auf Nachfrage bestätigt bekommen, dass andere, als die derzeit mit einem Halteverbot versehenen Bereiche, aus Sicht der Feuerwehr für einen Zugang nicht erforderlich seien.

### **Markierte Flächen an der Dornberger Straße – Höhe Freibad Dornberg –**

Frau Steinborn teilt mit, dass die Markierungen mittlerweile vorgenommen wurden.

### **Abbau der Gewächshäuser Kampheide**

Das Bauamt teile mit, dass das Institut für Umwelt-Analyse Projekt-GmbH (IFUA) aus Bielefeld im März 2011 Bodenuntersuchungen im Bereich der Gewächshäuser und der Pflanzbeete durchgeführt und telefonisch mitgeteilt habe, dass keine Kontaminationen festgestellt worden seien. Das schriftliche Gutachten läge bislang jedoch noch nicht vor. Die Altlastenthematik werde jedoch auch im weiteren Bebauungsplan-Verfahren dokumentiert.

### **Durchlass Wittlersweg / Babenhauser Bach**

Das Amt für Verkehr teile mit, dass der Umweltbetrieb die Erfordernis, Holzbewirtschaftung über den Wittlersweg abzuwickeln, bestätigt habe. Da eine niveaufreie Brücke zu teuer sei (ca. 50.000 €), solle der Durchlass in gleicher Lage, jedoch mit einem größeren Durchschnitt erneuert

werden. Eine Abstimmung mit dem Umweltamt sei bereits erfolgt. Wann genau die Maßnahme durchgeführt werde, stünde noch nicht fest, da dies von den finanziellen Mitteln und den Prioritäten innerhalb des Wirtschaftsplanes des Immobilienservicebetriebes (ISB) abhänge. Ein Entwurfsplan sei als Tischvorlage verteilt worden.

Herr Kleinesdar macht darauf aufmerksam, dass das vorhandene Feuchtbiotop gefährdet sei, da bei Durchführung der Maßnahme die Trockenlegung des Biotops nicht verhindert werden könne. Frau Selle verweist auf den gefassten Beschluss der Bezirksvertretung, nach dem auf diesen Umfang verzichtet werden solle und stellt noch mal die Notwendigkeit in Frage. Zudem bestünde die Gefahr, dass dieser Durchlass als „Schleichweg“ von anderen Verkehrsteilnehmern genutzt würde. Diese Information solle mit dem Protokoll als Hinweis noch einmal an den Fachbereich weiter gegeben werden.

### **Informationsveranstaltungen zu Dichtheitsprüfungen privater Abwasserkanäle**

Frau Steinborn teilt mit, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz in seiner Sitzung am 10.05.2011 durch Beschluss dem Rat der Stadt Bielefeld empfohlen habe zu beschließen, dass die Fristen für die Dichtheitsprüfungen privater Abwasserleitungen in den Wasserschutzgebieten für Dornberg bis zum 31.12.2013 verlängert werden. Weiterhin teile das Dezernat für Umwelt und Klimaschutz mit, dass der Umweltbetrieb derzeit an einem Fremdwasserbeseitigungskonzept arbeite, welches bis Ende des Jahres der Bezirksregierung Detmold zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Mit einem genehmigten Fremdwasserbeseitigungskonzept könne das gesamte Stadtgebiet nach Fremdwasserschwerpunktgebieten gestaffelt werden. Die Fristen für die Dichtheitsprüfungen der privaten Abwasserleitungen könnten daran gekoppelt und über einen Zeitraum bis 2023 gestaffelt werden. Dies müsse allerdings durch eine weitere Satzungsänderung geregelt werden. Eine entsprechende Vorlage könne frühestens Anfang 2012 in die Beratung gehen. Darüber hinaus seien noch ergänzende Regelungen des Landes zu erwarten.

Vor dem Hintergrund mache es derzeit wenig Sinn, Informationsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger durchzuführen. Durch den derzeit nicht klar zu benennenden Zeitrahmen würde nur eine Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Das Dezernat für Umwelt- und Klimaschutz werde neue Fristen umgehend durch die Medien breit kommunizieren und alle Betroffenen rechtzeitig, mindestens ein Jahr vor Ablauf der Frist, individuell schriftlich informieren. Zusätzlich werde die Verwaltung künftig zeitnah nach der schriftlichen Information ortsnah auch Informationsveranstaltungen in kleinen Versammlungen durchführen.

### **Findling**

Frau Steinborn teilt mit, dass sie mit Herr Fahlbusch und Herrn Tibo von der Polizei, sowie Herrn Eickmeyer vom Umweltbetrieb (seit 1999 zuständig für die Grünflächenpflege) gesprochen habe. Keine der Personen habe etwas über den Verbleib oder das Verschwinden des Findlings sagen können. Den Gärtnern sei zudem ein in den Beeten vor dem Bürgerzentrum befindlicher Stein nicht bekannt. Darüber hinaus sei ein Foto vom Bürgerzentrum Amt Dornberg aus 2007 aufgetaucht, auf dem ebenfalls kein Findling zu sehen sei. Herr Fahlbusch habe hinsichtlich einer

Anzeige mitgeteilt, dass die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nicht sinnvoll sei, wenn nicht einmal der Zeitpunkt des Verschwindens eingegrenzt werden könne.

-.-.-

---

Hermann Berenbrinker,  
Bezirksbürgermeister

---

Steinborn,  
Schriftführerin